

Samstag, 19. März 2011 21:01 Uhr

URL: <http://www.wiesbadener-tagblatt.de/region/wiesbaden/meldungen/10189534.htm>

Wiesbadener Tagblatt

WIESBADEN

„Inklusive Bildung“ ist Vorschrift

05.02.2011 - WIESBADEN

Von Barbara Yurtöven

SCHULGESETZ Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen im Idealfall gemeinsam unterrichtet werden

Jetzt ist sie also beschlossene Sache, im neuen hessischen Schulgesetz fest verankert, und auch der Wiesbadener Schulausschuss hat sie beschlossen. Dennoch ist sie für viele nicht mehr als ein vager Begriff: die „Inklusive Bildung“.

Grundlage der Inklusion ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die im März 2009 in Deutschland Rechtskraft erlangt hat. Sie garantiert neben dem Recht auf ein unabhängiges und selbst bestimmtes Leben, dem gleichen Recht auf Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben, dem Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch insbesondere auch das Recht auf gleiche Bildung. Der Idealfall sieht so aus, dass alle Kinder, egal ob behindert oder nicht behindert, in ihrem Schulbezirk zunächst in die Grundschule eingeschult werden und anschließend alle auf weiterführende Regelschule wechseln.

Was in Deutschland noch eine Ausnahme ist, ist in anderen Ländern eine alltägliche Angelegenheit. In den USA etwa werden rund 80 bis 90 Prozent der behinderten Kindern in Regelschulen unterrichtet, in Italien sind es sogar 99 Prozent und im europäischen Durchschnitt immerhin 85 Prozent. In Deutschland sind es dagegen nur 15 Prozent der behinderten Kinder.

Und deren Eltern wollen eine Veränderung. Lieber heute als morgen. Ende Januar traf sich die Elterninitiative „Inklusion, eine Schule für alle“ zum Gedankenaustausch.

„Wir wollen keine Einzelkämpfer mehr sein, sondern unsere Kräfte bündeln, um ein gemeinsames Sprachrohr für die Umsetzung der Inklusion zu werden“, mit diesen Worten fasste Antje Pfeifer, die zusammen mit Ulrike Hädrich das Treffen initiiert hatte, die Zielsetzung der Elterninitiative zusammen.

Das neue hessische Schulgesetz stieß dabei unter den Eltern auf heftige Kritik: „Eine Mogelpackung“, echauffierte sich eine betroffene Mutter. „Da kann die Landesregierung wieder darauf hinweisen, dass sie ja etwas getan hätte, aber ändern wird sich mit dem Hinweis auf die Finanzierung de facto dann doch nichts.“ Denn genau das ist der Knackpunkt: die Inklusive Bildung wird im



Gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern soll es bald viel häufiger geben. Jedenfalls will es das hessische Schulgesetz so.
Archivfoto: Axel Schmitz

Gesetz unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Ohne Geld also keine Inklusive Bildung.

Mehr Hoffnung setzt die Elterninitiative da auf die Wiesbadener Bemühungen in Sachen Inklusion. Ab dem kommenden Schuljahr soll es für die dann einzuschulenden Erst- und Fünftklässler mit Behinderung die freie Schulwahl geben. Zwar ist auch das nur im Rahmen der finanziellen Ressourcen möglich, aber immerhin gibt es mit geplanten sechs zusätzlichen (vom Land finanzierten) Lehrerstellen und drei (von der Stadt Wiesbaden bezahlten) Sozialpädagogen konkrete Planungen, um behinderten Kindern das Lernen auf Regelschulen zu ermöglichen.

Schuldezernentin Rose-Lore Scholz ist eine ausdrückliche Befürworterin der Inklusion und hofft auf baldige Nachricht aus dem Kultusministerium, dass die Finanzierung der Lehrerstellen beschlossene Sache ist. Die Stadt Wiesbaden jedenfalls hat die Finanzierung der drei Sozialpädagogen bereits fest beschlossen.

Die Schulen, die in Wiesbaden mit der Inklusiven Bildung beginnen sollen, sind noch nicht festgelegt. „Wir wollen erst feststellen, aus welchen Schulbezirken die Kinder tatsächlich kommen, denn schließlich sollen sie möglichst in ihrem Schulbezirk auch eingeschult werden können“, erklärt die Schuldezernentin. Fest steht bereits, dass sowohl Grundschulen als auch weiterführende Schulen darunter sind. „Mit einigen Schulen sind wir im Gespräch“, unterstreicht Scholz, „denn schließlich ist es unser Ziel, gute Schulen und gute Lehrer für die Inklusion zu finden.“

Bei ihrem Treffen haben sich die Eltern auch vorgenommen, den Begriff Inklusion weiter bekannt zu machen. „Inklusion betrifft nicht nur behinderte Kinder, sondern alle Kinder, auch die Hochbegabten“, unterstrich eine der Anwesenden. „Und es ist längst wissenschaftlich erwiesen, dass ein inklusiver Unterricht alle Kinder in der Klasse voranbringt.“ Und auch wenn die Eltern der Elterninitiative genau wissen, dass die Inklusion ein langer Prozess werden wird, sie wissen ebenso genau, warum sie die Inklusion wollen: „Es ist menschenunwürdig, dass eine Förderschule nur auf den Wechsel in eine Behindertenwerkstatt hinarbeitet“, beschrieb der Vater eines Förderschülers. „Einen Siebenjährigen schon darauf festzulegen, ist doch nicht normal.“